

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke (anwesend bis Pause vor TOP 10.1)

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Beigeordnete Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke (anwesend bis vor Abst. TOP 9.4.1)

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld (anwesend bis Pause vor TOP 10.1)

Beigeordneter Detlef Schön (anwesend bis vor Abstimmung TOP 9.5.1)

Ratsmitglied Gabriele Schröder (anwesend bis einschl. TOP 9.3.2)

Ratsmitglied Kristian Stoermer (anwesend bis vor Abstimmung TOP 9.5.1)

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers (anwesend ab TOP 3)

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Beigeordneter Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Ratsmitglied ChristianE Seyffer

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner (anwesend bis Pause nach TOP 9.3.2)

Ratsmitglied Helga Weinstock (anwesend bis Pause bei TOP 9.3.2)

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti (anwesend bis Pause nach TOP 9.3.2)

Ratsmitglied Thorsten Moriße

Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend bis Pause nach TOP 9.3.2)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Michael Kiese Wetter (anwesend bis Pause vor TOP 10.1)

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

parteilos

Beigeordneter Ulf Berner

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Niksa Marusic

von der Verwaltung

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Rechnungsprüfungsamt Alexandra Jürgens

Fachbereichsleitung Finanzen Torben Müller

Fachbereichsleitung Feuerwehr Josef Schun

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

als Gast

Geschäftsführer Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Geschäftsführerin Klinikum Wilhelmshaven Dr. Rafaela Korte

Baugeschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Oliver Leinert

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 5 und 38

B. anschließend nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

8.1	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Neubesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
8.2	Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion: Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven	
8.3	Änderung der Hauptsatzung	188/2023
8.4	Besetzung der Arbeitsgruppe Klinikum	202/2023
9.3.1	Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2022	163/2023
9.3.2	Förderrichtlinie Strukturhilfe Kohleausstieg: Pumpwerk und Stadthalle	176/2023
9.3.3	Abstimmung Verfahren Jadezentrum inkl. PIZ	175/2023
9.3.4	Verkauf Gewerbegrundstück im 1. BA Heuweg BP-184	177/2023
9.1.1	Nachbewilligung zum Haushalt 2023	194/2023
9.1.2	BIWAQ V – Förderprojekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ Beschluss zur Teilnahme am neuen ESF Plus-Förderprogramm des Bundes „Bildung Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ V“; hier: Zustimmung zur Abgabe eines Förderantrages sowie zur Umsetzung des Förderprojektes und Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung	199/2023
9.1.4	Antrag SPD-Fraktion: Wirtschaftliche Folgen als Standardbemerkung der Vorlagen	540/2023
9.1.5	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen	543/2023
9.1.3	Catering in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt Wilhelmshaven: Mittagessen und Essensausgabe	
9.2.1	Sozialer Zusammenhalt Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven - Westliche Südstadt"	180/2023
9.2.2	Lebendige Zentren Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven-Östliche Südstadt"	181/2023
9.2.3	Sozialer Zusammenhalt Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven-Tonndeich"	182/2023
9.2.4	Wachstum und Nachhaltige Erneuerung, Verlängerung der Gültigkeit der Sanierungssatzung "Wilhelmshaven-Jadeallee/Wiesbadenbrücke bis 31.12.2028"	183/2023
9.2.5	Teilnahmeerklärung am Deutschlandticket; Änderung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven	185/2023
9.2.6	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Herrichtung Baustelle Peter-/Schillerstraße	529/2023
9.4.1	Änderung der Parkgebührenverordnung gemäß HSK	168/2023
9.4.2	Antrag SPD-Fraktion: "Historisches Gedenken: KZ-Gedenkstelle zugänglicher machen"	535/2023
9.5.1	11. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven	165/2023
9.5.2	Berücksichtigung der Großtagespflege im Rahmen der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege	195/2023
9.6.1	Antrag CDU-Fraktion: Verabschiedung einer Resolution zum Erhalt der Förderschulen "Lernen"	548/2023
9.6.2	Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einrichtung eines weiteren Förderschwerpunktes	552/2023
10.1	Antrag AfD-Fraktion: Verkleinerung des Rates	551/2023
10.2	Antrag Ratsherr Berner: Prüfauftrag Queeres-Zentrum in Wilhelmshaven	554/2023
10.3	Cannabis-Modellprojekt in Wilhelmshaven	556/2023
10.4	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: "Grüner Pfeil" für den Fahrradverkehr in Wilhelmshaven	558/2023
10.5	Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und CDU-Fraktion zum Ausbau des ÖPNV, im Besonderen auf den Linien 121 und 216 der Weser-Ems-Bus	559/2023
10.6	Interfraktioneller Antrag der Fraktionen und Gruppen GRÜNE und GfW, SPD, CDU, WIN@WBV, Die BUNTEN und FDP/FW: Entwicklung und Herrichtung der Seipelhalle als Freizeit-Indoor-Angebot für Kinder und Jugendliche	560/2023
11.1	Anfrage Gruppe GRÜNE und GfW: Änderung Verpackungsgesetz	555/2023
12	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung gem. § 20 Abs. 3 GO)	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend würdigten **Herr Becker** und **Bürgermeisterin Marxfeld** in einer kurzen Ansprache die Verdienste des Herrn Reese, der am 26.05.2023 verstorben ist.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stoermer beantragte im Rahmen eines **Dringlichkeitsantrages** die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven“.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Prüfung der Verwaltung habe ergeben, dass die Dringlichkeit gegeben sei. Sofern der Rat diese bestätige, könne der Antrag als neuer Tagesordnungspunkt 8.2 aufgenommen werden.

Auf Bitten von **Herrn Berner** gab **Herr Schönfelder** eine Einschätzung über die Behandlung des Antrages im öffentlichen Teil: Nach Prüfung sei man zu dem Schluss gelangt, dass ein Beschluss im öffentlichen Teil gefasst werden solle. Es gebe keine Gründe, die eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil erforderlich machten. Dennoch bat er zu beachten, dass Daten und Fakten aus dem Aufsichtsrat ausschließlich im nichtöffentlichen Teil beraten würden.

Anschließend wurde die **Dringlichkeit** bei 39 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig **festgestellt**.

Herr Becker schlug weiterhin vor, den Bereich der Vorlagen aus dem Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (TOP 9.3) auf 9.1 vorzuziehen.

Diesem Vorschlag wurde bei 39 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Herr Tönjes wies darauf hin, dass der TOP 14.2.1 öffentlich behandelt werden sollte. Die Gruppe „Die BUNTEN“ werde den Beschlussvorschlag daher ablehnen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Verpflichtung von Frau Birgit Holtz als Nachfolgerin von Herrn Uwe Reese

Herr Becker führte aus, Oberbürgermeister Feist habe in seiner Eigenschaft als Gemeindevorstand festgestellt, dass **Frau Birgit Holtz** anstelle des verstorbenen Ratsmann Reese für die SPD in den Rat nachrücke. Frau Holtz habe den Sitz gemäß den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes angenommen.

Oberbürgermeister Feist verpflichtete **Frau Holtz** als neues Ratsmitglied gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Besonders wies er dabei auf die Bestimmungen der §§ 40 - 42 NKomVG (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot, Treuepflicht) sowie auf § 30 der Abgabenordnung (Steuergeheimnis) hin.

Ferner erklärte **Oberbürgermeister Feist**, dass diese Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG aktenkundig zu machen sei, was durch Aufnahme in diese Niederschrift geschehe.

4 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Marušić beantwortete die Einwohnerfrage von **Frau Stefanie Eilers** wie folgt:

1. Die Stadthallenpläne am Pumpwerk werden seit wann betrieben?

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat sich in seiner Sitzung am 12.10.2022 grundsätzlich für die Notwendigkeit einer Stadthalle ausgesprochen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, die Machbarkeit unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Interessenbekundungsverfahrens sowie der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen zu prüfen.

Die vorliegende Nutzungs- und Entwicklungsstudie sollte zu diesem Zweck aktualisiert werden.

Für die Fortschreibung der Nutzungs- und Entwicklungsstudie sind nochmals alle in der Diskussion verbliebenen Standorte (ohne Banter See) und auch die neue Standortoption am Pumpwerk geprüft worden.

2. Welche Stundenzahl wurde in der Verwaltung für diese Vorbereitung aufgebracht? Können Sie den Gegenwert der Stunden beziffern?

Die Fortschreibung der „Nutzungs- und Entwicklungsstudie für eine neue Stadthalle Wilhelmshaven“ und die Entwurfsstudie „Stadthalle Wilhelmshaven“ wurden federführend vom Stadtbaurat Nikša Marušić und vom Technischen Betriebsleiter GGS Tim Menke betreut.

Die dafür aufgebrauchten Stunden wurden von beiden Personen nicht dokumentiert.

3. Welche Kosten für Gutachten und Architekten wurden aufgerufen?

Für die Fortschreibung der Nutzungs- und Entwicklungsstudie (Auftragnehmer BEVENUE GmbH - Beratung für Veranstaltungsstätten, Nordendstraße 62, 80801 München) sind gem. Auftrag vom 12.12.2022 Kosten in Höhe von 16.246,18 € (brutto) angefallen.

Für die Entwurfsstudie „Stadthalle Wilhelmshaven“ (Auftragnehmer Architekturbüro Ladehoff GmbH, Heisterberg 1, 24616 Hardebek) sind gem. Angebot vom 09.05.2023 Kosten in Höhe von 11.275,25 € (brutto) angefallen.

5 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Herr Marušić berichtete über die im Verwaltungsausschuss am 19.06.2023 gefassten Beschlüsse zum Ankauf und zur Beräumung des Grundstücks Peterstraße durch den Sanierungsträger.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

7.1 Sachstand TANO

Oberbürgermeister Feist berichtete über den aktuellen Sachstand:

Als erstes flächendeckendes Projekt sei mit Fördermitteln des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ein Nordsee-Reisepass entwickelt worden, um Umsätze für Klimaanpassungsmaßnahmen zu generieren, an deren Umsetzung Gäste und Einheimische aktiv teilhaben können. Außerdem können an der gesamten Küste Stempel gesammelt und auf diesem Wege Preise gewonnen werden.

Ein Fokus werde auf den „Nachhaltigen Tourismus“ gelegt. Hierzu gebe es einen intensiven Austausch mit dem Trilateralen Wattenmeer Sekretariat und der Niedersächsischen Nationalparkverwaltung. Inzwischen sei die TANO auch Mitglied der Network Group Sustainable Tourism der Staaten Niederlande, Deutschland und Dänemark.

Im Mai habe sich der Fachbeirat konstituiert, sowie der erste „Arbeitskreis Online-Marketing“ stattgefunden. Dieser setze sich aus entsandten Marketingexperten der Landkreise der Gesellschafter sowie den Kooperationspartnern der TANO zusammen. Ziel sei ein abgestimmtes Vorgehen bei anstehenden Online-Kampagnen.

Die Kooperationsverträge mit der OTG und Die Nordsee GmbH seien unterschrieben. Die TANO befinde sich momentan in der sogenannten Kooperationsphase. Daran solle sich nach zwei Jahren Geschäftstätigkeit die Evaluationsphase anschließen. Nach positivem Ergebnis der Evaluation werde der Zusammenführungsprozess der touristischen Strukturen umgesetzt.

Herr Werner betonte, der Aufsichtsrat sei mit der Arbeit des neuen Geschäftsführers außerordentlich zufrieden und sehe die TANO auf einem sehr guten Weg.

Anschließend beantwortete **Oberbürgermeister Feist** eine Nachfrage von **Herrn Burkhardt** zum Zeitablauf der Evaluierungsphase.

7.2 Informationen durch Stadtbaurat Marušić

Herr Marušić informierte über zwei Anträge, die aus dem Förderprogramm „Kulturinvest – Zuschüsse für investive Kulturmaßnahmen bei Einrichtungen im Inland“ bei der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien eingereicht worden seien:

Zum einen betreffe dies den Bau der neuen Musikschule am „Bildungscampus Neues Gymnasium Wilhelmshaven“; zum anderen seien zusätzliche Mittel für die Sanierung der „Kapitän Meyer“ beantragt worden, um die erhöhten Kosten gefördert zu bekommen.

Anschließend informierte **Herr Marušić** auf Nachfrage von **Herrn Moriß** über den aktuellen Sachstand zur Neuanschaffung der Mikrofonanlage: Fördermittel seien beantragt, ebenso gebe es eine Zusage für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Die Maßnahme sei aktuell ausgeschrieben und werde abgearbeitet. Einen genauen Zeitpunkt könne er jedoch noch nicht präsentieren. Sobald es neue Kenntnisse gebe, würden diese dem Rat bekannt gegeben.

8 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordnete Heide)

8.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Neubesetzung und Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Aus Anlass des Austritts von Herrn Berner aus Partei und Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ sowie der Gruppe „GRÜNE und GfW“ und des Todes von Ratsherrn Reese erfolgten folgende Neu- und Umbesetzungen:

*(Es werden lediglich die **Änderungen** dargestellt. Alle übrigen Sitze und Besetzungen bleiben unverändert.)*

Ausschuss für Kultur

Gruppe FDP/FW (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)

Ratsherr Darwin Reinhard (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Ratsfrau Petra Stomberg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

SPD-Fraktion

Ratsfrau Birgit Holtz anstelle von Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Ratsfrau Nurhayat Bakir-Block anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen

AfD-Fraktion (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)

Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Ratsfrau Petra Stomberg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Michael Kiesewetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Planen und Bauen

Gruppe FDP/FW (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Ratsherr Michael von den Berg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Gruppe GRÜNE und GfW (erhält bzw. behält 2. Sitz)

Ratsherr Miguel Schaar

Ratsfrau Petra Stomberg (Stellvertreter sind jeweils die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Michael Kiesewetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

SPD-Fraktion

Ratsfrau Birgit Holtz anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

Ausschuss für Sport

Gruppe FDP/FW (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)

Ratsherr Michael Kiese Wetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Beigeordneter Martin Burkhart (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

SPD-Fraktion

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz

CDU-Fraktion (erhält 3. Sitz)

Ratsherr Thomas Suberg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Ratsfrau Antje Kloster (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss

SPD-Fraktion (erhält 4. Sitz)

Ratsherr Marvin Hager (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Beigeordneter Martin Burkhart (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Michael Kiese Wetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Jugendhilfeausschuss

CDU-Fraktion (erhält 3. Sitz)
wird nachgereicht

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)
Ratsfrau Petra Stomberg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)
Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)
Ratsherr Michael Kiesewetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Schulausschuss

CDU-Fraktion (erhält 3. Sitz)
Ratsfrau Heidi Bosse (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)
Beigeordneter Martin Burkhart (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)
Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)
Ratsherr Darwin Reinhardt (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Rechnungsprüfungsausschuss

AfD-Fraktion (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)
Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)
Ratsfrau Antje Kloster (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)
Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Betriebsausschuss Krankenhaus

Gruppe GRÜNE und GfW (erhält bzw. behält 2. Sitz)

Ratsfrau Petra Stomberg

Ratsfrau Christiane Seyffer (Stellvertreter sind jeweils die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Gruppe GRÜNE und GfW (erhält bzw. behält 2. Sitz)

Ratsfrau Christiane Seyffer

Beigeordneter Martin Burkhardt (Stellvertreter sind jeweils die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Thorsten Moriße (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Michael Kiesewetter (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

SPD-Fraktion

Ratsfrau Birgit Holtz anstelle von Beigeordneter Christina Heide

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

CDU-Fraktion (erhält 3. Sitz)

wird nachgereicht

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)

Ratsherr Michael von den Berg (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

AfD-Fraktion (Grundmandat)

Ratsherr Detlef Stump (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Fraktion)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)

Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Verwaltungsausschuss

CDU-Fraktion (erhält bzw. behält 3. Sitz)
Beigeordneter Jens Stoffes (unverändert)

AfD-Fraktion (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)
Beigeordneter Thorsten Moriß

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)
Beigeordneter Miguel Schaar (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gruppe FDP/FW (Grundmandat)
Ratsherr Dr. Günther Schulte (Stellvertreter sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Herr Berner wählte den **Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen** für seine beratende Mitgliedschaft gem. § 71 Abs. 4 Satz 3 NKomVG.

Beirat Verein der Kunstfreunde

Gruppe GRÜNE und GfW (erhält bzw. behält 1 Sitz)
Ratsfrau Petra Stomberg

Zweckverband Gemeinsame Leitstelle Wilhelmshaven-Friesland

Gruppe GRÜNE und GfW (erhält bzw. behält 1 Sitz)
Ratsfrau Antje Kloster

Aufsichtsrat GEW Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzenden bzw. Sprecher der WIN@WBV-Fraktion und der Gruppe „Die BUNTEN“; Herr Bulla und Herr Tönjes, erklärten, dass sie auf das Losverfahren verzichten und die bisherige Besetzung beibehalten wollen.

Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH

Die Vorsitzenden bzw. Sprecher der WIN@WBV-Fraktion und der Gruppe „Die BUNTEN“; Herr Bulla und Herr Tönjes, erklärten, dass sie auf das Losverfahren verzichten und die bisherige Besetzung beibehalten wollen.

Gruppe GRÜNE und GfW
Ratsherr Martin Burkhart anstelle von Ratsherrn Ulf Berner

WIN@WBV-Fraktion (Grundmandat)
Beigeordneter Markus Bulla

Aufsichtsrat Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Gruppe FDP/FW (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)
Ratsherr Dr. Günther Schulte

AfD-Fraktion (erhält 1 Sitz anstelle Grundmandat)
Beigeordneter Thorsten Moriße

SPD-Fraktion (erhält bzw. behält 4. Sitz)
Herr Holger Ansmann anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

CDU-Fraktion (2 Sitze)
Beigeordneter Uwe Heinemann
Ratsherr Thomas Suberg

Gruppe GRÜNE und GfW (1 Sitz)
Ratsfrau Petra Stomberg

Frau Heide benannte anschließend die Umbesetzungen aus Anlass des Todes des ehemaligen Ratsherrn Uwe Reese:

Gesellschafterversammlung Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

SPD-Fraktion
Ratsherr Kristian Stoermer anstelle von Ratsherrn Uwe Reese
Stellvertreter: Ratsherr Volker Block

Gesellschafterversammlung Tourismus Agentur Nordsee GmbH

SPD-Fraktion
Ratsfrau Birgit Holtz anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

Verbandsversammlung Bezirksverband Oldenburg

SPD-Fraktion
Ratsherr Marvin Hager anstelle von Ratsherrn Uwe Reese
Stellvertreterin: Ratsfrau Nurhayat Bakir-Block

Behindertenbeirat

SPD-Fraktion
Ratsfrau Gabriele Schröder als neue Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Herr Burkhart beantragte darüber hinaus die folgenden weiteren Umbesetzungen:

Zweckverband Veterinäramt JadeWeser

Gruppe GRÜNE und GfW

Ratsherr Martin Burkhart anstelle von Ratsfrau Christiane Seyffer

Beirat Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Gruppe GRÜNE und GfW

Ratsherr Martin Burkhart

Beirat für das Sanierungsgebiet Wilhelmshaven – Westliche Südstadt

Gruppe GRÜNE und GfW

Ratsfrau Antje Kloster

Den vorgetragenen Neu- und Umbesetzungen wurde **einstimmig zugestimmt**.

Aufgrund der Übereinkunft aller Fraktionen und Gruppen wurden die **Ausschuss-Vorsitze unverändert** beibehalten.

Frau Heide informierte außerdem über die folgenden Änderungen bei den Ausschuss-Vorsitzen:

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Ratsfrau Gabriele Schröder anstelle von Ratsherrn Uwe Reese

Betriebsausschuss Krankenhaus

Ratsherr Kristian Stoermer anstelle von Ratsherrn Uwe Reese.

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion: Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven

Herr Stoermer brachte den folgenden **Antrag** für die SPD-Fraktion ein:

„Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven

In den Sitzungen soll folgender Beschlussvorschlag beraten werden:

1. *Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven*

- gGmbH an, umgehend die Geschäftsführung des Klinikums anzuweisen, die im Aufsichtsrat am 23.6.2023 unter TOP 9 beschlossene Interimgeschäftsführung als Dienstleistungsvertrag nicht auszuschreiben. Es sind rechtzeitig und umgehend außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung abzuhalten.*
2. *Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, die Geschäftsführung anzuweisen, eine unbefristete Geschäftsführung im Anstellungsverhältnis auszuschreiben, die über Erfahrungen in der Leitung und Restrukturierung von angeschlagenen Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft verfügt. Außerdem soll die Geschäftsführung Erfahrungen in Kooperationsprozessen kommunaler Krankenhäuser untereinander haben. Hierfür sind ebenfalls rechtzeitig und umgehend außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung abzuhalten.*
 3. *Die Geschäftsführung des Klinikums wird zudem aufgefordert, bis zur Beschlussfassung des Rates am 28.6.2023 keine weiteren Schritte zur Ausschreibung zu veranlassen.“*

Anschließend wurde zwischen **Herrn Stoermer** und **Oberbürgermeister Feist** für diesen Antrag geplante Zeitachse diskutiert. Herr Stoermer erklärte, die SPD-Fraktion strebe eine Besetzung zum 1.1.2024 an; Oberbürgermeister Feist bat daraufhin zu Protokoll zu nehmen, dass dieses Zeitfenster am Markt nicht realistisch erreichbar sei und er daher für eine Besetzung zum 1.3.2024 plädiere.

An der weiteren Diskussion zur Frage, ob eine natürliche Person oder ein Interimsmanagement mit der Geschäftsführung betraut werden solle und zu welchem Zeitpunkt dies möglich sei beteiligten sich **Herr Schön, Herr Burkhart, Frau Stomberg, Herr Fischer, Frau Dr. Kirstges, Herr Baruschke, Herr Werner, Herr Ehlers, Herr Berner, Herr Dr. Schulte, Herr Heinemann, Herr Tönjes, Frau Kloster, Oberbürgermeister Feist, Herr Schönfelder** und **Herr Müller**.

Der im Zuge dessen von **Frau Zaage** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Schließen der Rednerliste** wurde nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes, Baruschke** und **Schaar** bei 13 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Zwischen **Herrn Baruschke** und **Oberbürgermeister Feist** wurde kurz die Frage erörtert, ob eine Verlängerung des Vertrages mit der bisherigen Geschäftsführung über den 31.8.2023 hinaus möglich sei. Nach Auskunft von Herrn Feist sei dies nur in dem theoretisch angenommenen Fall möglich, dass eine Ausschreibung für die Geschäftsführung für den Zeitraum vom 1.9. bis 31.12.2023 erfolge, die Firma sich bewerbe und die Ausschreibung gewinne.

Nach weiteren Wortmeldungen zum Antrag durch die **Herren Walpurgis, Werner, Oberbürgermeister Feist** und **Frau Weinstock** beantragte **Herr Stoermer** für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

*„Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven ~~ab dem 1.9.2023~~ **schnellstmöglich, aber spätestens zum 01.01.2024***

In den Sitzungen soll folgender Beschlussvorschlag beraten werden:

- 1. Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, umgehend die Geschäftsführung des Klinikums anzuweisen, die im Aufsichtsrat am 23.6.2023 unter TOP 9 beschlossene Interimgeschäftsführung als Dienstleistungsvertrag **für 2,5 Jahre** nicht auszuschreiben. Es sind rechtzeitig und umgehend außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung abzuhalten.*
- 2. Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, die Geschäftsführung anzuweisen, eine unbefristete Geschäftsführung im Anstellungsverhältnis auszuschreiben, die über Erfahrungen in der Leitung und Restrukturierung von angeschlagenen Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft verfügt. Außerdem soll die Geschäftsführung Erfahrungen in Kooperationsprozessen kommunaler Krankenhäuser untereinander haben. Hierfür sind ebenfalls rechtzeitig und umgehend außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung abzuhalten.*
- 3. Die Geschäftsführung des Klinikums wird zudem aufgefordert, bis zur Beschlussfassung des Rates am 28.6.2023 keine weiteren Schritte zur Ausschreibung zu veranlassen.“*

Dem geänderten Antrag wurde bei 36 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt.**

Beschluss: einstimmig zugestimmt (inklusive Änderung)

Ausschreibung einer kaufmännischen Geschäftsführung (m/w/d) für das Klinikum Wilhelmshaven ~~ab dem 1.9.2023~~ **schnellstmöglich, aber spätestens zum 01.01.2024**

In den Sitzungen soll folgender Beschlussvorschlag beraten werden:

1. Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, umgehend die Geschäftsführung des Klinikums anzuweisen, die im Aufsichtsrat am 23.6.2023 unter TOP 9 beschlossene Interimgeschäftsführung als Dienstleistungsvertrag **für 2,5 Jahre** nicht auszuschreiben. Es sind rechtzeitig und umgehend außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung abzuhalten.
2. Der Rat weist die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH an, die Geschäftsführung anzuweisen, eine unbefristete Geschäftsführung im Anstellungsverhältnis auszuschreiben, die über Erfahrungen in der Leitung und Restrukturierung von angeschlagenen Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft verfügt. Außerdem soll die Geschäftsführung Erfahrungen in Kooperationsprozessen kommunaler Krankenhäuser untereinander haben. Hierfür sind ebenfalls rechtzeitig und umgehend außerordentliche

Sitzungen des Aufsichtsrats und der
Gesellschafterversammlung abzuhalten.

3. Die Geschäftsführung des Klinikums wird zudem aufgefordert, bis zur Beschlussfassung des Rates am 28.6.2023 keine weiteren Schritte zur Ausschreibung zu veranlassen.

8.3 Änderung der Hauptsatzung

188/2023

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 26.06.2023 vor.

An der Diskussion beteiligten sich die **Herren Brandt, Burkhardt, Dr. Schulte, Schön, Berner** und **Tönjes**.

Dabei wurde der komplette Wegfall der Veröffentlichung von Tagesordnungen in der WZ zum Teil unter Hinweis auf die Demografische Entwicklung abgelehnt. Stattdessen solle zumindest ein Hinweis auf die Fundstelle im Internet veröffentlicht werden.

Dem gegenüber stand das Argument, es gebe schließlich ein verabschiedetes Haushaltssicherungskonzept, das den Wegfall der Veröffentlichung von Tagesordnungen vorsehe.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 25 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

8.4 Besetzung der Arbeitsgruppe Klinikum

202/2023

Frau Heide trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 26.06.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

In Ausführung des interfraktionellen Änderungsantrages zu Vorlage Nr. 155/2023 aus der Ratssitzung am 05.05.2023 wird die Arbeitsgruppe Klinikum wie folgt besetzt:

SPD-Fraktion Herr Volker Block

CDU-Fraktion: Herr Uwe Heinemann

WIN@WBV-Fraktion Herr Olaf Fischer

Gruppe GRÜNE und GfW Herr Martin Burkhardt

Gruppe Die BUNTEN Herr Andreas Tönjes

Gruppe FDP/FW Herr Dr. Günther Schulte

AfD-Fraktion

Herr Thorsten Moriße.

Nach der Abstimmung forderte **Herr Werner**, die Arbeitsgruppe in alle Gespräche zu involvieren.

Oberbürgermeister Feist machte darauf aufmerksam, es habe noch keine Gespräche gegeben, da zunächst der Beschluss abgewartet werden sollte. Nun werde es eine kurzfristige Einladung geben zum ersten Termin am 6. Juli um 14 Uhr geben. Diesen Termin bitte er bereits vorzumerken, eine Einladung folge in Kürze.

Auf die Nachfrage von **Herrn Heinemann**, wie der Fall einer Verhinderung geregelt sei, erklärte **Oberbürgermeister Feist**, die Vertretung könne innerhalb der jeweiligen Fraktion bzw. Gruppe geregelt werden.

9 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

9.3 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

9.3.1 Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2022 **163/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 01.06.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die für das Jahr 2022 bestehende verdeckte Gewinnausschüttung aus dauerdefizitären Betrieben gewerblicher Art soll unter der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos des jeweiligen BgA geleistet werden.

9.3.2 Förderrichtlinie Strukturhilfe Kohleausstieg: Pumpwerk und Stadthalle **176/2023**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 14.06.2023 vor.

Herr Tönjes beantragte die **Anhörung gem. § 13 der Geschäftsordnung** von Frau Krull zum Verlesen ihres offenen Briefes.

Nach Wortmeldungen der **Herren Schön, Werner, Oberbürgermeister Feist, Schaar, Dr. Schulte** und **Herrn Fischer** informierte **Herr Schönfelder**, es bedürfe dafür der Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden. Dabei handele es sich lediglich um ein Rederecht; eine Diskussion mit den Einwohnern finde nicht statt.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Tönjes wurde bei 28 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Nachdem Frau Krull mit ihrem Redebeitrag begonnen hatte, wurde festgestellt, dass sie für eine Bürgerinitiative sprach, was wiederum gegen die Vorschriften der Geschäftsordnung verstieß. Demnach sind lediglich Anhörungen von Sachverständigen, Einwohnerinnen oder Einwohnern möglich. Daher wurde der Redebeitrag nicht zugelassen.

Herr Brandt brachte anschließend für die SPD-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven

1. - Entfällt -

2. *beschließt die Standortoptionen, **WTB Friedensstraße, Geniusbank und am Pumpwerk** weiter zu verfolgen.*

3. **beschließt**, *der Ratsbeschluss 265/2022 Punkt 1 zur Stadthalle am Standort Grenzstraße wird aufgehoben.*

4. *beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbes für die Erweiterung/Sanierung des Pumpwerkes (Realisierungsteil) und den Neubau einer Stadthalle **an den drei Standorten, WTB Friedensstraße, Geniusbank und am Pumpwerk** (Ideenteil).*

5. *- bleibt unverändert.“*

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Fischer, Herr Marušić, Frau Seyffer, Frau Sanchez Mengeler, Frau Mandt, Herr Tönjes, Herr Schön** und **Oberbürgermeister Feist**.

Nach einer Sitzungsunterbrechung für eine **Pause von 18:15 Uhr bis 18:30 Uhr** wies **Herr Becker** darauf hin, dass die Sitzung wegen der anstehenden Sommerpause heute nicht unterbrochen werden könne.

Anschließend wurde die Diskussion über den Änderungsantrag unter Beteiligung von **Herrn Dr. Weithöner, Herrn Baruschke** und **Herrn Marušić** fortgesetzt.

Herr Dr. Schulte beantragte daraufhin **„Schluss der Debatte“** für den Änderungsantrag.

Diesem Geschäftsordnungsantrag wurde nach Wortmeldungen der **Herren Tönjes, Burkhardt, Baruschke** und **Moriße** bei 22 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Nach einem Schlusswort zum Änderungsantrag von **Herrn Brandt** und einer Erwiderung von **Herrn Marušić** wurde der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion bei 14 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Burkhardt brachte daraufhin für die Gruppe „GRÜNE und GfW“ einen weiteren **Änderungsantrag** ein:

„Die Vorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Wilhelmshaven an der Entscheidungsfindung zum Standort „Pumpwerk“ für eine mögliche Stadthalle zu befragen. Dies kann über eine Einwohnerbefragung bzw. über ein Beteiligungsformat (verschiedene Forenveranstaltungen / Bürgerinformationen am Vorbild Step-Plus) erfolgen.

Die Beteiligung der Bürger hat vor Beginn jeglicher Planungen auf dem Pumpwerksgelände stattzufinden.“

Herr Schön beantragte die **Vertagung** der Beschlussvorlage auf September.

Nach Wortmeldungen von **Herrn Baruschke, Herrn Marušić, Frau Sanchez Mengeler, Frau Stomberg, Herrn Berner** und **Herrn Schön** wurde der Vertagungsantrag bei 19 Ja-Stimmen (darunter die Herren Baruschke und Brandt, SPD-Fraktion), 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Oberbürgermeister Feist erklärte, es handele sich bei dem von Herrn Burkhardt eingebrachten Antrag nicht um einen Änderungsantrag, sondern vielmehr um einen neuen Sachantrag.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Marušić** beantragte **Herr Dr. Schulte** daher die **Nichtbefassung**.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde nach einer Einlassung von **Herrn Baruschke** bei 23 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Herr Burkhardt meldete sich anschließend zu einer persönlichen Erklärung und bat um Aufnahme ins Protokoll:

Trotz Ankündigung seines Änderungsantrages zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde dieser nicht beachtet, wodurch die Verschiebung und dadurch die Nichtbefassung zustande gekommen sei.

Er werde sich damit jeglichen Weg offenhalten.

Herr Hager informierte, dass für die SPD-Fraktion die Abstimmung über die Beschlussvorlage geöffnet worden sei und die Fraktion daher nicht geschlossen abstimme.

Herr Schön bat festzuhalten, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Oberbürgermeister Feist beantragte die folgende **Änderung**:

„1) Die Punkte 1 – 5 der Vorlage bleiben unverändert.

2) Es wird folgender Punkt 6 hinzugefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise am Verfahren zu beteiligen.“

An der Diskussion über den Änderungsantrag und zur Frage der Unterscheidung der Änderungsanträge von Herrn Burkhardt und Oberbürgermeister Feist beteiligten sich die **Herren Burkhardt, Schönfelder, Schaar** und **Baruschke**.

Der **Änderungsantrag von Oberbürgermeister Feist** wurde anschließend bei 32 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

An der folgenden Diskussion über die Beschlussvorlage beteiligten sich **Herr Walpurgis, Herr Tönjes, Herr Marušić, Herr Diers, Herr Brandt, Herr Ehlers, Frau Marxfeld, Oberbürgermeister Feist, Herr Burkhardt, Frau Sanchez Mengeler, Herr Werner** und **Herr Block**.

Dabei ging es um den Standort, der bei der Bürgerabfrage gar nicht favorisiert war, die entstehenden Kosten, die Haushaltsmittel binden, welche an anderer Stelle dringender benötigt würden, die Versiegelung weiterer Grünflächen und in dem Zusammenhang den Verbleib des Bolzplatzes und der Boule-Anlage. Auch wurde auf die Existenz des ehemaligen Friedhofes verwiesen. Insgesamt fühlten sich viele der Redner von der Verwaltung nicht mitgenommen und nicht ausreichend in die Planungen eingebunden. Dem gegenüber stand die Notwendigkeit eines neuen Veranstaltungsortes und die daraus entstehenden positiven Zusatzeffekte für die Wirtschaft. Außerdem wurde betont, es gehe aktuell zunächst um die Beauftragung zur Durchführung eines städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbes, in dessen Verlauf viele der jetzt bereits aufgeworfenen Fragen geklärt würden.

Herr Tönjes widersprach einer en-bloc-Abstimmung.

Herr Brandt beantragte namentliche Abstimmung.

Dieser Antrag wurde nach einem Hinweis von **Herrn Schönfelder**, dass dies von einem Drittel der Anwesenden beantragt werden müsse und nicht von einem einzelnen Ratsmitglied, nicht zugelassen.

Die **getrennte Abstimmung** ergab das folgende Ergebnis:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven

1) **Zur Kenntnis**

nimmt die 2023 überarbeitete Nutzungs- und Entwicklungsstudie Stadthalle mit den Standortbewertungen positiv zur Kenntnis.

2) **Beschluss:** - mehrheitlich zugestimmt –

(bei 30 Ja-Stimmen – darunter Herr Hager (SPD-Fraktion) - und 13 Nein-Stimmen – darunter die Herren Schön (SPD-Fraktion), Tönjes (Gruppe „Die BUNTEN“) und Brandt (SPD-Fraktion), sowie Frau Kloster (Gruppe „GRÜNE und GfW“))

beschließt die Standortoption am Pumpwerk weiter zu verfolgen. Der Ratsbeschluss 265/2022 Punkt 1 zur Stadthalle am Standort Grenzstraße wird hiermit aufgehoben.

- 3) **Beschluss:** - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 29 Ja-Stimmen – darunter Herr Hager (SPD-Fraktion) - und 14 Nein-Stimmen – darunter die Herren Schön (SPD-Fraktion), Tönjes (Gruppe „Die BUNTEN“) und Brandt (SPD-Fraktion), sowie Frau Kloster (Gruppe „GRÜNE und GfW“))

beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbes für die Erweiterung/Sanierung des Pumpwerkes (Realisierungsteil) und den Neubau einer Stadthalle im Areal vom Pumpwerkpark (Ideenteil).

- 4) **Beschluss:** - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 29 Ja-Stimmen – darunter Herr Hager (SPD-Fraktion) - und 14 Nein-Stimmen – darunter die Herren Schön (SPD-Fraktion), Tönjes (Gruppe „Die BUNTEN“) und Brandt (SPD-Fraktion), sowie Frau Kloster (Gruppe „GRÜNE und GfW“))

beauftragt die Verwaltung begleitend und auf Grundlage der Ergebnisse des Ideen- und Realisierungswettbewerbes unter Nr. 3 die Antragstellung gemäß der „Förderrichtlinie Strukturhilfe Kohleausstieg“ für die Erweiterung/Sanierung Pumpwerk und den Neubau einer Stadthalle vorzubereiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- 5) **Beschluss:** - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 29 Ja-Stimmen – darunter Herr Hager (SPD-Fraktion) - und 14 Nein-Stimmen – darunter die Herren Schön (SPD-Fraktion), Tönjes (Gruppe „Die BUNTEN“) und Brandt (SPD-Fraktion), sowie Frau Kloster (Gruppe „GRÜNE und GfW“))

beauftragt die Verwaltung Organisationsverantwortlichkeiten und erforderliche Ressourcen für die Umsetzung der Maßnahmen Erweiterung/Sanierung Pumpwerk und Neubau einer Stadthalle gemäß der Förderrichtlinie Kohleausstieg darzustellen und der Politik vorzustellen. Hierbei sind neben einer Projektrealisierung mit eigenem Personaleinsatz auch alternative Realisierungsoptionen darzustellen und zu bewerten.

- 6) **Beschluss:** - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 35 Ja-Stimmen – darunter die Herren Brandt und Hager (beide SPD-Fraktion), 6 Nein-Stimmen – darunter die Herren Schön (SPD-Fraktion), Tönjes (Gruppe „Die BUNTEN“) und 2 Enthaltungen - darunter Frau Kloster (Gruppe „GRÜNE und GfW“))

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Weise am Verfahren zu beteiligen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 19:50 Uhr bis 20:08 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung ließ der Ratsvorsitzende Herr Becker über die **Weiterführung der Sitzung** abstimmen.

Der Weiterführung der Sitzung wurde bei 24 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

9.3.3 Abstimmung Verfahren Jadezentrum inkl. PIZ

175/2023

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 14.06.2023 vor.

Frau Winkel-Fiedelak beantwortete eine Nachfrage von **Frau Seyffer** dahingehend, dass die Sporthalle und das Stadtarchiv nicht mit zum Verkauf stünden. **Herr Marušić** ergänzte, die Hauptversorgungsleitungen seien für Stadthalle einerseits und Sporthalle und Stadtarchiv andererseits separat.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die Objekte Grenzstr. 24 Jadezentrum und optional die Gerichtsstraße 5 – 9 Parkhaus im Zentrum (PiZ) werden zum Verkauf angeboten. Die Entscheidung wird aufgrund der vorgelegten Konzepte getroffen. Die Ausschreibung erfolgt mit einem Mindestgebot gemäß dem beauftragten Verkehrswertgutachten. Der Ausschreibungstext wird dem Rat vor Veröffentlichung zur Zustimmung vorgelegt.

9.3.4 Verkauf Gewerbegrundstück im 1. BA Heuweg BP-184

177/2023

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 14.06.2023 vor.

Herr Tönjes zeigte sich erfreut über die Behandlung dieses Grundstücksverkaufs in öffentlicher Sitzung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat stimmt dem Verkauf eines Gewerbegrundstücks (Gemarkung Rüstringen, Flur 11, Flurstück 81/25, 81/2 und 81/24) mit einer Gesamtfläche von **2.565 m²** zu einem Verkaufspreis in Höhe von **32,00 €/m²** und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von **82.080,00 €** an die **Venturecare Beteiligungs-GmbH** mit dem Sitz in Wilhelmshaven zu.

9.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)

9.1.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2023

194/2023

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.06.2023 vor.

Herr Marušić informierte ergänzend über die Gründe für die Minderauszahlungen im Sanierungsgebiet Tonndeich.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 43.864,27 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2023.

9.1.2 BIWAQ V – Förderprojekt „WILHELM - Wilhelmshaven Mittendrin“
Beschluss zur Teilnahme am neuen ESF Plus-Förderprogramm des Bundes „Bildung Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ V“; hier: Zustimmung zur Abgabe eines Förderantrages sowie zur Umsetzung des Förderprojektes und Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung

199/2023

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.06.2023 vor.

Herr Tönjes bat, Formulierungen wie in Satz 1 (...“begrüßt“) künftig anders zu fassen, da der Rat keinen Beschluss fassen würde, würde er es nicht begrüßen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Teilnahme am neuen ESF Plus-Förderprogramm des Bundes „Bildung Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ V“.

Der Abgabe eines entsprechenden Förderantrages für das Projekt „WILHELM – Wilhelmshaven Mittendrin“ auf Basis des beigefügten Vorhabenkonzeptes sowie der Umsetzung des Förderprojektes und Mittelbereitstellung für die nötige Kofinanzierung wird zugestimmt. Um die im Erfolgsfall der Antragstellung nötigen Mittel zur Umsetzung des Projektes über die gesamte Projektlaufzeit sicherstellen zu können, verpflichtet sich der Rat, die für das Projekt erforderlichen Mittel ab dem Haushaltsjahr 2024 im Rahmen eines 1. Nachtrages zum Doppelhaushalt 2023/2024 zur Verfügung zu stellen.

9.1.4 Antrag SPD-Fraktion: Wirtschaftliche Folgen als Standardbemerkung der Vorlagen **540/2023**

Herr Schön zog den Antrag **zurück**, da der Antrag der WIN@WBV-Fraktion auf das Gleiche ziele und dabei detaillierter abgefasst sei.

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat der Stadt beschließt,
für alle Ratsvorlagen ab einem Finanzvolumen von 75.000 Euro betrachtet die Verwaltung die wirtschaftlichen Folgen und nimmt diese mit auf die „letzte Seite“ der Vorlagen auf.

9.1.5 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen **543/2023**

Herr Bulla brachte den Antrag in der geänderten Form ein.

Auf Wunsch von **Frau Seyffer** gab **Oberbürgermeister Feist** eine Einschätzung: Die Verwaltung könne nach intensiven Vorbesprechungen mit den Antragstellern den Antrag mittragen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeit in Erarbeitung befindliche Dienstanweisung zum Investitionscontrolling, die auch Regelungen zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beinhalten soll, auf richtlinienspezifische Bestandteile hin zu überprüfen.

Sie erarbeitet in diesem Zuge auch eine entsprechende Richtlinie und legt sie dem Rat rechtzeitig zur Beschlussfassung vor, dass diese in der Stadtverwaltung zum 01.01.2024 umgesetzt werden kann.

Insbesondere soll der Rat über die Wertgrenzen für die Unterscheidung von erheblicher und unerheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des § 12 ABS. 1 KomHKVO entscheiden.

Für jede finanzwirksame Maßnahme **Investitionen**, also für alle Maßnahmen, die sich auf Ausgaben und Einnahmen der Stadt auswirken, ist eine vorherige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Anlehnung an den Ausführungen der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 7 LHO Niedersachsen zwingend durchzuführen und vollständig zu dokumentieren.

In dieser sind Handlungsbedarf bzw. die zu erreichende Ziele so funktional wie möglich formuliert und alle hierzu möglichen, denkbaren Alternativen zunächst vollständig aufzuführen.

In einem zweiten Schritt sind Alternativen, die für die Erreichung des Ziels nicht geeignet scheinen, begründet auszusondern.

Die verbleibenden Alternativen sind konkret zu beschreiben und unter Berücksichtigung aller finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, somit inklusive aller Lebenszykluskosten, Personalkosten u. ä. für einen sinnvoll gewählten Betrachtungszeitraum zu berechnen und darzustellen.

Nicht monetäre Faktoren sind in einer ergänzenden Nutzwertanalyse zu betrachten. Der Entscheidungsfokus ist jedoch vorrangig auf monetäre Aspekte zu richten.

Die Verwaltung entwickelt analog zu der o.a. VV als Anlage beigefügten Arbeitsanleitung für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen des BMF eine Handlungsanleitung für die Stadt Wilhelmshaven, die auch die Komplexität einzelner Maßnahmen berücksichtigen soll.

~~Diese ist dem Rat bis zur Sitzung im Juni 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.~~

Bei Beschlussvorlagen an den Rat sind die WU Bestandteil der Verwaltungsvorlage.

Auch finanzwirksame Maßnahmen, die nicht der Beschlussfassung des Rates unterliegen, dürfen ohne dokumentierte WU nicht vollzogen werden. Diesen Vorgängen ist die WU als begründende Unterlage beizufügen. Sie werden Bestandteil des Vorgangs und unterliegen somit auch der Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes.

(geändert auf Antrag der WIN@WBV-Fraktion im Rat am 28.06.2023)

9.1.3 Catering in den Flüchtlingsunterkünften der Stadt Wilhelmshaven: Mittagessen und Essensausgabe

Herr Schönfelder informierte über die aktuelle Situation beim Catering.

Die weiteren Informationen über die Situation an den Flüchtlingsunterkünften sagte er schriftlich zu.

9.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

9.2.1 Sozialer Zusammenhalt Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven - Westliche Südstadt" **180/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.06.2023 vor.

Frau Seyffer signalisierte ihre Ablehnung, da hier auch der Durchbau der Havermonikenstraße inkludiert sei.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Anpassung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes „Wilhelmshaven – westliche Südstadt“ wird zugestimmt.

9.2.2 Lebendige Zentren Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven-Östliche Südstadt" **181/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.06.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Anpassung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes „Wilhelmshaven – östliche Südstadt“ wird zugestimmt.

9.2.3 Sozialer Zusammenhalt Änderung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes "Wilhelmshaven-Tonndeich" **182/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.06.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 37 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Anpassung der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes „Wilhelmshaven – Tonndeich“ wird zugestimmt.

9.2.4 Wachstum und Nachhaltige Erneuerung, Verlängerung der Gültigkeit der Sanierungssatzung "Wilhelmshaven-Jadeallee/Wiesbadenbrücke bis 31.12.2028" **183/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.06.2023 vor.

Herr Tönjes bemängelte die Begründung als zu dünn.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 36 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen)

Der Verlängerung der Sanierungssatzung für das Stadterneuerungsgebiet „Wilhelmshaven – Jadeallee / Wiesbadenbrücke“ bis 31.12.2028 wird zugestimmt.

9.2.5 Teilnahmeerklärung am Deutschlandticket; Änderung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven **185/2023**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.06.2023 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. Die Stadt Wilhelmshaven erklärt ihre Teilnahme am Deutschlandticket. Zur Umsetzung des Deutschlandtickets schreibt die Stadt Wilhelmshaven das Anforderungsprofil des öDA, mit dem die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH seit dem 01.01.2016 mit der Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet Wilhelmshaven betraut worden ist, gemäß § 3 Abs. 1 lit. b. öDA um die aus der Anlage 1 zu diesem Beschluss ersichtlichen Ergänzungen fort.

2. Die Vertreter der Stadt Wilhelmshaven werden angewiesen,

a) in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH durch entsprechende Weisung an die Geschäftsführung der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH für die verbindliche Beachtung

- der ergänzenden Inhalte der als Anlage 1 beigefügten Fortschreibung des öffentlichen Dienstleistungsauftrags,
- sowie der jeweils geltenden Vorgaben zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket Sorge zu tragen.

b) und hierbei zu prüfen, ob die Weiterleitung der durch das Land Niedersachsen gewährten Billigkeitsleistungen ertragsteuerneutral erfolgen kann.

3. Die Stadt Wilhelmshaven wird die ihr durch das Land Niedersachsen zugewiesenen Bundes- und Landesmittel nach Maßgabe der § 5 Abs. 1 des bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags weiterleiten.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH, sämtliche erforderliche Maßnahmen für die Vorbereitung einer neuen Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven mbH als internen Betreiber zu prüfen und in die Wege zu leiten.

9.2.6 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Herrichtung Baustelle Peter-/ Schillerstraße **529/2023**

Herr Bulla verwies auf die Ausführungen von Herrn Marušić zu Tagesordnungspunkt 6, womit der Antrag umgesetzt sei und sich damit erledigt habe.

9.4 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Moriße)

9.4.1 Änderung der Parkgebührenverordnung gemäß HSK **168/2023**

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe vom 02.06.2023 vor.

Frau Heide machte darauf aufmerksam, dass die Abstimmung in der SPD-Fraktion freigegeben sei.

Herr Brandt signalisierte daraufhin, er werde gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Herr Schaar bat festzuhalten, dass es sich hier zunächst um einen ersten Schritt handele, das Haushaltssicherungskonzept umfasse noch weitere Maßnahmen in diesem Bereich.

An der anschließenden Diskussion über die Parkgebühren beteiligten sich **Herr Tönjes, Herr Ehlers, Herr Berner, Frau Stomberg, Herr Schön, Oberbürgermeister Feist, Herr Walpurgis, Herr Baruschke** und **Herr Burkhart**. Dabei hoben die Befürworter der Maßnahme hervor, dass mit der neuen Parkgebührenverordnung nicht nur Einnahmen generiert würden, sondern auch die Lebensqualität gesteigert würde, indem die Autos durch hohe Parkgebühren aus der Innenstadt herausgehalten würden. Die Gegner argumentierten, genau damit werde, zusätzlich zum Einzelhandel „auf der grünen Wiese“, die Innenstadt beerdigt.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen)

Der Rat beschließt die anliegende Parkraumgebührenverordnung gemäß Haushaltssicherungskonzept.

9.4.2 Antrag SPD-Fraktion: "Historisches Gedenken: KZ-Gedenkstelle zugänglicher machen" **535/2023**

Herr Hager brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein.

Nach Wortmeldungen der **Herren Schaar** und **Fischer** erfolgte die Abstimmung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt beschließt:

Das Kulturbüro wird gemeinsam mit dem Stadtarchiv beauftragt,

1. die Verfügbarkeit von Fördermitteln zu prüfen, die von der Stadt Wilhelmshaven zur Aufwertung der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers am Alten Banter Weg beantragt werden können. Diese Fördermittel sollen die bessere Beschilderung, die Festmachung von Wegen sowie die Neuaufstellung von Stelen mit historischen Informationen beinhalten.
2. Kontakt mit der Gedenkstätte Neuengamme aufzunehmen, inwiefern Förderungen seitens der Gedenkstätte oder mit der Gedenkstätte verbundenen Stiftungen für o.g. Vorhaben möglich sind.

9.5 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

9.5.1 11. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung 165/2023 Wilhelmshaven

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2023 vor.

Frau Mandt bat um Aufnahme ihres folgenden Hinweises ins Protokoll: Die textliche Fassung der Bedarfsplanung sei bezüglich der neuen KiTa in Fedderwarden unzutreffend. Demnach werde sich der Ortsrat um den Ankauf eines entsprechenden Grundstückes bemühen. Dieses gehöre jedoch der Stadt Wilhelmshaven seit September 2022 und die Ausschreibung für den Investor und den Betreiber stehe unmittelbar bevor. Sie würde es daher begrüßen, wenn dies angepasst werden könnte.

Herr Burkhart ergänzte, dass auch die Kindergartengruppe an der Grundschule Sengwarden noch immer nicht ausziehen könne, da die Herrichtung des Gemeindehauses nicht zeitgerecht fertiggestellt werden könne. Auch dieser Umstand sei in der Kindertagesstättenbedarfsplanung nicht berücksichtigt und sollte ergänzt werden.

Grundsätzlich wolle er darum bitten, künftig parallele Sitzungen von Fachausschüssen zu vermeiden.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. Die angestrebte Versorgungsquote im Bereich der 1- bis 3Jährigen wird entsprechend der Bedarfserhebung von 42 % auf 52 % erhöht. Für die ü3Jährigen wird weiterhin eine Versorgung von 100 % angestrebt.

2. Die 11. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung wird in anliegender Fassung beschlossen.

9.5.2 Berücksichtigung der Großtagespflege im Rahmen der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege **195/2023**

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 21.06.2023 vor.

Auf Bitten von **Herrn Dr. Weithöner** fasste **Herr Schönfelder** die Inhalte der Beschlussvorlage zusammen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Ab neuen Kindergartenjahr (01.08.2023) wird die neue Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für Kindertagespflege (in Kraft getreten zum 01.04.2023) und der darin beschlossene Mietzuschuss auch für die im Rahmen des Projekts Großtagespflege finanzierten Einrichtungen umgesetzt.

Die Auswirkungen für die Großtagespflege werden nach einem halben Jahr geprüft und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt.

9.6 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

9.6.1 Antrag CDU-Fraktion: Verabschiedung einer Resolution zum Erhalt der Förderschulen "Lernen" **548/2023**

Herr Ehlers brachte den Antrag der CDU-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

An der Diskussion über die Notwendigkeit eines solchen Förderschulzweigs beteiligten sich **Herr Moriße, Herr Tönjes, Herr Bulla, Frau Heide, Frau Seyffer, Herr Berner, Herr Burkhart, Herr Schönfelder** und **Herr Ehlers**.

Beschluss: mehrheitlich **abgelehnt**
(bei 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Resolution:

Der Landesregierung wird aufgefordert, das angestrebte Auslaufen der Förderschule Lernen zu überprüfen und diese Schulform auch in der Zukunft, über das Jahr 2028 hinaus, zu erhalten. Das Thema muss mit Dringlichkeit behandelt werden, damit auch nach dem Schuljahr 2022/2023 noch Schüler in der Förderschule Lernen angemeldet werden können.

9.6.2 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Einrichtung eines weiteren Förderschwerpunktes **552/2023**

Herr Bulla brachte den Antrag der WIN@WBV-Fraktion in der folgenden **geänderten** Fassung ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

*Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Schulleitung des Förderzentrums Wilhelmshaven **und den Schulleitungen der Hafenschule und Marion Dönhoff Schule**, bei der Landesschulbehörde eine Genehmigung zu bewirken, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Schwerpunkt sonderpädagogischer Unterstützung geistige Entwicklung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt ~~im Förderzentrum~~ in Wilhelmshaven beschult werden können.*

*Der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven hat für **mögliche entsprechende Aus- und** Umbaumaßnahmen ~~im Schulkomplex Warthestraße~~ ab dem Haushalt 2024ff **mögliche** Ressourcen bereitzustellen.“*

Oberbürgermeister Feist verwies auf noch bestehenden Gesprächsbedarf und empfahl, den Antrag besser zu vertagen.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes** beantragte **Herr Burkhart** die **Verweisung an den Schulausschuss**.

An der Diskussion über den Verweisungsantrag beteiligten sich die **Herren Hager, Schönfelder, Dr. Schulte, Ehlers, Fischer** und **Burkhart**.

Der Verweisungsantrag wurde anschließend bei 19 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Schulleitung des Förderzentrums Wilhelmshaven, bei der Landesschulbehörde eine Genehmigung zu bewirken, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Schwerpunkt sonderpädagogischer Unterstützung geistige Entwicklung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt im Förderzentrum in Wilhelmshaven beschult werden können.

Der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven hat für entsprechende Umbaumaßnahmen im Schulkomplex Warthestraße ab dem Haushalt 2024ff mögliche Ressourcen bereitzustellen.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 21:30 Uhr bis 21:45 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Anträge unter Tagesordnungspunkt 10.

10 Anträge

10.1 Antrag AfD-Fraktion: Verkleinerung des Rates **551/2023**

Herr Moriße brachte den Antrag der AfD-Fraktion ein und begründete diesen anschließend.

Herr Hager beantragte daraufhin „**Nichtbefassung**“.

Nach Wortmeldungen der **Herren Moriße** und **Burkhart** wurde der Geschäftsordnungsantrag bei 32 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: Nichtbefassung

Der Rat möge folgendes beschließen:

Verkleinerung des Rates

Die Stadtverwaltung Wilhelmshaven wird beauftragt, zur Ratssitzung am 29.11.2023 eine Reduzierung vorzubereiten, die eine Verringerung der Anzahl der Ratsmitglieder von aktuell 44 auf 38 Personen ab der Kommunalwahl im Jahr 2026 vorsieht.

10.2 Antrag Ratsherr Berner: Prüfauftrag Queeres-Zentrum in Wilhelmshaven **554/2023**

Herr Berner beantragte die **Verweisung** an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration und den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen.

Frau Heide beantragte hingegen die **pauschale Verweisung** dieses und aller folgenden Anträge an die jeweils zuständigen Fachausschüsse.

Gegen den Antrag von Frau Heide sprachen sich die **Herren Burkhart, Tönjes** und **Suberg** aus.

Anschließend wurde der **pauschale Verweisungsantrag** von Frau Heide bei 3 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Der **Verweisungsantrag** von Herrn Berner wurde hingegen **einstimmig angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Stadtrat möge beschließen, einen umfassenden Prüfauftrag zur Machbarkeit und Realisierung eines Queeren-Zentrums in Wilhelmshaven zu erteilen.

Der Prüfauftrag zur Errichtung eines Queeren-Zentrums soll die Machbarkeit eines solchen Projekts in Wilhelmshaven untersuchen. Dabei sollten folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Standort: Untersuchung möglicher Standorte für ein Queeres-Zentrum, unter Berücksichtigung der Zugänglichkeit, Barrierefreiheit und Infrastruktur.
2. Finanzierung: Klärung der finanziellen Aspekte, einschließlich möglicher Fördermittel und Trägerschaft bzw. Unterstützung durch öffentliche und private Partner.
3. Angebote und Struktur: Erarbeitung eines Konzepts für die geplanten Angebote und Aktivitäten des Queeres-Zentrums sowie der organisatorischen Struktur.
4. Bedarfsermittlung: Analyse des Bedarfs an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für queere Menschen in Wilhelmshaven und Umgebung.
5. Bürgerbeteiligung: Einbindung der queeren Community, Interessenverbände, Vereine und Bürgerinnen und Bürger in den Prüfprozess, um ihre Anliegen und Bedürfnisse angemessen zu berücksichtigen.

Der Prüfauftrag soll zeitnah umgesetzt werden, damit eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die weiteren Schritte zur Realisierung eines Queeren-Zentrums in Wilhelmshaven geschaffen werden kann.

10.3 Cannabis-Modellprojekt in Wilhelmshaven**556/2023**

Herr Schaar beantragte die **Verweisung** an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration.

Herr Berner bat, außerdem den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen mit vorzusehen.

Dem Verweisungsantrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

1. Der Rat steht der Beteiligung an einem Modellprojekt zum Aufbau einer legalen Produktions- und Lieferkette und einem legalen Vertrieb von Cannabis an die örtliche erwachsene Bevölkerung positiv gegenüber.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung:

- . a) das Interesse der benachbarten Kommunen abzufragen, gemeinsam eine Modellregion zu bilden und dieses (ggf. gemeinsame) Interesse gegenüber der Bundes- und der Landesregierung zu bekunden.
- . b) Interessierte seriöse Unternehmen frühzeitig die notwendige Unterstützung bzw. Zusammenarbeit der Behörden zuzusagen, wenn diese ein Cannabis-Abgabe-Modellprojekt einrichten wollen.
- . c) Die Fachstelle Sucht der Diakonie Friesland-Wilhelmshaven frühzeitig über den Stand der Dinge zu informieren, anzuhören und in die Überlegung einzubinden.

10.4 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: "Grüner Pfeil" für den Fahrradverkehr in Wilhelmshaven **558/2023**

Herr Schaar brachte den Antrag der Gruppe „GRÜNE und GfW“ ein.

Die **Herren Tönjes, Walpurgis, Brandt, Fischer** und **Dr. Schulte** signalisierten daraufhin ihre Zustimmung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung wird beauftragt, an allen Ampelanlagen, an denen ein Rechtsabbiegen für Radfahrende trotz Rotlicht gefahrenfrei möglich ist, einen „Grünen Pfeil“ für Radfahrende anzubringen.

10.5 Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und CDU-Fraktion zum Ausbau des ÖPNV, im Besonderen auf den Linien 121 und 216 der Weser-Ems-Bus **559/2023**

Herr Burkhardt brachte den gemeinsamen Antrag der Gruppe „GRÜNE und GfW“ mit der CDU-Fraktion ein und begründete diesen kurz.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 32 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Die Verwaltung wird beauftragt den überregionalen ÖPNV in Zusammenarbeit mit Weser-Ems-Bus auf den Linien 121 und 216 dauerhaft auszubauen.

10.6 Interfraktioneller Antrag der Fraktionen und Gruppen GRÜNE und GfW, SPD, CDU, WIN@WBV, Die BUNTEN und FDP/FW: Entwicklung und Herrichtung der Seipelhalle als Freizeit-Indoor-Angebot für Kinder und Jugendliche **560/2023**

Herr Burkhardt brachte den interfraktionellen Antrag ein und begründete diesen kurz.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Interfraktioneller Antrag der Ratsfraktionen und Gruppen Grüne & GfW, SPD, CDU, Win@WBV, Die Bunten sowie der FDP/FW zur Aufnahme als Maßnahme zur Förderung über die Mittel des Strukturfonds Kohleausstieg.

„Entwicklung und Herrichtung der Seipelhalle als Freizeit-Indoor-Angebot für Kinder und Jugendliche“

Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Bewältigung des Strukturwandels und Sicherung der Beschäftigung im Zuge der Beendigung der Verstromung von Steinkohle am Standort Wilhelmshaven (RL Strukturhilfen WHV) bieten verschiedene Gegenstände der Förderung an. Unter anderem werden hierbei die Handlungsfelder „Stärkung der Lebensqualität in Wilhelmshaven und Friesland“ genannt. Diese sind unter anderem:

- Ausbau und Sanierung der Naherholung-, **Freizeit-**, Natur-, Gesundheits-, Tourismus- und Kultureinrichtungen genannt.
- Lebensqualität für **Alt und Jung sichern**, z.B. durch Lärmschutz, Barrierefreiheit, **Angebote für Jugendliche sowie generationsübergreifende Projekte.**

Wilhelmshaven hat derzeit keine ganzjährigen Indoor-Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendaktivitäten. Mit Ankauf der Seipelhalle am Standort Schellingstraße/ Mühlenweg bieten sich jedoch Möglichkeiten, hier ein ganzjähriges Indoor-Angebot für Kinder- und Jugendliche zu entwickeln. Dabei sind die Wünsche und Bedürfnisse der jüngeren Generation (Kinder und Jugendliche) in einem durchzuführenden Beteiligungsverfahren mit einzubinden. Das durchzuführende Beteiligungsverfahren soll unter Einbindung des Jugendparlamentes bis zum 31.12.2023 abgeschlossen sein.

Der Gebäudekomplex inkl. der Freiflächen (4.904m²) bietet Möglichkeiten zur Entwicklung eines Indoor-Angebots für Kinder und Jugendliche. Weitere Gebäudeteile der Seipelhalle bieten zudem Möglichkeiten für zusätzliche Nutzungen durch andere Einrichtungen an. Unter anderem könnte dort das Büro Streetwork aus der kath. Grundschule integriert werden, um zukünftig Mietkosten zu reduzieren. Zusätzlich wäre die Realisierung einer Lagerstätte für Ausstattungen der Jugendpflege (div. Anhänger usw.) möglich. Als weitere Bereicherung für den Standort könnten Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche dort ein neues Zuhause finden, wie zum Beispiel die kath. Pfadfinder, die in Corona einen Zulauf von über 80 Kindern hatten.

11 Anfragen11.1 Anfrage Gruppe GRÜNE und GfW: Änderung Verpackungsgesetz**555/2023**

Herr Marušić beantwortete die Anfrage wie folgt:

1. Liegen Zahlen vor, wie viele Betriebe in Wilhelmshaven vom Gesetz betroffen sind?

Es gibt derzeit keine Übersicht über die betroffenen Betriebe.

Betroffen sind alle Letztvertreibenden, die Essen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen. Diese sind verpflichtet, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Zu den Letztvertreibenden zählen u. a. Restaurants, Bistros und Cafés, aber auch Kantinen, Tankstellen, Supermärkte oder Cateringbetriebe.

Von der Pflicht ausgenommen sind lediglich kleinere Geschäfte wie Imbisse und Kioske, in denen insgesamt fünf Beschäftigte oder weniger arbeiten und die gleichzeitig eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Diese Betriebe haben die Option, ihren Kundinnen und Kunden zu ermöglichen, mitgebrachte Mehrwegbehältnisse befüllen zu lassen.

Anhand der Gewerbeanmeldungen handelt es sich um ca. 400 Betriebe.

2. Wird die Einhaltung des Gesetzes kontrolliert.
 - a. Wie viele Betriebe wurden bislang kontrolliert?

Zuständige Überwachungsbehörde ist die Untere Abfallbehörde. Derzeit wird die Einhaltung anlassbezogen kontrolliert. Bei Beschwerden oder Hinweisen auf die Nichteinhaltung der Anforderungen zur Minderung des Verbrauchs bestimmter Einwegverpackungen werden die Betriebe kontrolliert und ggfls. weitere Maßnahmen eingeleitet.

Derzeit lagen noch keine Beschwerden oder Hinweise über Betriebe in Wilhelmshaven vor.

- b. Mit welchem Ergebnis betreffend das Angebot von Mehrwegbehältern?

Derzeit lagen noch keine Beschwerden oder Hinweise über Betriebe in Wilhelmshaven vor, daher liegen keine Ergebnisse betreffend das Angebot von Mehrwegbehältern vor.

- c. Wird dabei auch die Informationspflicht umgesetzt?

Dazu liegen der unteren Abfallbehörde keine Informationen vor.

- d. Wie viele Betriebe planen derzeit die Umsetzung?

Dazu liegen der unteren Abfallbehörde keine Informationen vor.

3. Werden überwiegend eigene Mehrwegverpackungen angeboten oder gibt es bevorzugt Pool-Lösungen?

Dazu liegen der unteren Abfallbehörde keine Informationen vor.

4. Gibt es Erkenntnisse zu bestehenden oder geplanten betriebsübergreifenden Mehrwegsystemen in der Gastronomie in Wilhelmshaven?

Dazu liegen der unteren Abfallbehörde keine Informationen vor.

5. Wird hier die Informationspflicht umgesetzt?

Dazu liegen der unteren Abfallbehörde keine Informationen vor.

6. Wie wird das seitens der Stadt überprüft?

Derzeit wird die Einhaltung ebenfalls anlassbezogen kontrolliert. Bei Beschwerden oder Hinweisen auf die Nichteinhaltung der Anforderungen zur Minderung des Verbrauchs bestimmter Einwegverpackungen werden die Betriebe kontrolliert und ggfls. weitere Maßnahmen eingeleitet.

Derzeit lagen noch keine Beschwerden oder Hinweise über Betriebe in Wilhelmshaven vor.

7. Was unternimmt oder plant die Stadt im Fall der Nichteinhaltung des Gesetzes?

Sollte bei Kontrollen die Nichteinhaltung festgestellt werden, werden die Betreiber durch die untere Abfallbehörde auf ihre Pflichten hingewiesen und ggfls. geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Anforderungen zur Minderung des Verbrauchs bestimmter Einwegverpackungen angeordnet.

Wer die Anforderungen zur Minderung des Verbrauchs bestimmter Einwegverpackungen des VerpackG nicht einhält handelt ordnungswidrig. Nach den Bußgeldvorschriften des VerpackG kann eine Ordnungswidrigkeit in diesen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

12 Einwohnerfragestunde II

(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 23:15 Uhr

gez.

gez.

gez. / gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel (bis TOP 13)
Schönfelder (ab TOP 13)
Protokollführung